

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
04/2014 (II)*



Liebe FreundInnen!

Am 29. und 30. April ist der Nationalrat zu den Parlamentssitzungen 21 bis 24 zusammengekommen. Themen waren u.a. das Budget 2014/15, die Erhöhung der Familienbeihilfe, die Umsetzung der EU-Verbraucherschutzrichtlinie und die Ratifizierung des Waffenhandelsvertrags.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 29. und 30. April trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Budgetrede des Finanzministers und die Erste Lesung zum Budget 2014/15. Beschlossen werden konnten auch die Erhöhung der Familienbeihilfe, die Umsetzung der EU-Verbraucherschutzrichtlinie, die Ratifizierung des Waffenhandelsvertrags, verbesserte internationale Zeugnenschutzregelungen und das Auslandsunterhaltsgesetz.

Der Dienstag startete mit der **Budgetrede des Finanzministers**. Danach standen wesentliche Beschlüsse wie die **Erhöhung der Familienbeihilfe** oder die **Stärkung der Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten** auf der Tagesordnung. Im Rahmen der **Kurzdebatte** wurde noch einmal über das Datenleck bei Schülertests diskutiert.

Am Mittwoch wurde in der **Ersten Lesung** das **Budget 2014/15** in seinen Grundzügen erörtert. **Bundeskanzler Werner Faymann** bekräftigte, dass es das Ziel des Budgets sei, die **Wirtschaftskraft** und die **soziale Fairness** in Österreich **abzusichern**. Das Ziel, ein **strukturelles Nulldefizit bis 2016** zu erreichen, fordert eine Reihe von Maßnahmen. Trotzdem können gleichzeitig **Schwerpunkte in wichtigen Bereichen** wie der Förderung von Beschäftigung und der Ausbildung junger Menschen gesetzt werden. Der vorliegende Budgetrahmen bis 2018 sieht auch einen **Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen**, der **Ganztagsschule**, der **Pflegeeinrichtungen** und zusätzliche Investitionen in die **Zahngesundheit** vor. Die Regierung wird weiterhin dort investieren, wo es nötig ist, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gegenzusteuern.

Ein wichtiges **Einsparungspotential** liegt in der **Beseitigung von Doppelgleisigkeiten** in der Verwaltung. Die Verhandlungen mit den Ländern über den **Finanzausgleich** bieten hier eine Chance, **Strukturen effizienter** zu gestalten. Auch die **Bankenabgabe** bleibt weiterhin ein wichtiger Beitrag zum Staatshaushalt. Faymann bekräftigte auch die **Forderung nach steuerlicher Entlastung der ArbeitnehmerInnen** und einer Gegenfinanzierung durch eine **Millionärssteuer**. Der Kanzler verwies auf Deutschland, wo die Vermögenssteuern höher sind als in Österreich, während Österreich bei ArbeitnehmerInnen-Steuern einen höheren Anteil habe. "Das kann uns nicht zufrieden machen, daher ist eine **Steuerreform unbedingt notwendig**", betonte Faymann.

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder stellte hinsichtlich des Budgets fest, dass man sich beim Budget für 2014 und 2015 innerhalb **sehr enger Rahmenbedingun-**

gen bewege, da Österreich ein wesentlich schwächeres Wirtschaftswachstum hat als noch vor wenigen Jahren prognostiziert wurde. Noch dieses Jahr wird aber mit einer **leichten Erholung der Konjunktur** gerechnet. Budgetpolitik heißt nun, genau diese leichte Erholung positiv zu unterstützen. Dafür ist im Budget Vorsorge getroffen: **Sieben Milliarden** werden für **Arbeitsmarktpolitik** budgetiert und ausgegeben, rund **drei Milliarden** für **Soziales**. Positiv strich der SPÖ-Klubobmann auch die budgetierte **Gratis-Zahnspange** in medizinisch notwendigen Fällen für Kinder und Jugendliche hervor.

Genauso wichtig ist es, **einnahmenseitig Gerechtigkeit** sicherzustellen. Zahlreiche, bereits umgesetzte Maßnahmen weisen in diese Richtung, so etwa die **höhere Besteuerung** von **Managergehältern**, die **Einschränkung der Gruppensteuer**, die **Abschaffung der Golden Handshakes** und die **Eindämmung des Profit Shifting**. Dort, wo im Bereich des Unternehmenssteuerrechts nicht mehr genügend gerechte Steuern gezahlt wurden, wurde wieder für mehr Steuergerechtigkeit gesorgt.

Im Sinne der Steuergerechtigkeit ist es nach wie vor das **Ziel der SPÖ**, eine **Steuerreform** umzusetzen, die eine **einfachere, gerechtere Steuerstruktur** sicherstellt und die **Verschiebung der Belastung vom Faktor Arbeit hin zu Vermögen** bewerkstelligt, kurz: **die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land müssen entlastet werden, indem man den Einstiegssteuersatz auf 25 Prozent senkt**.

Die wichtigsten Beschlüsse

Erhöhung der Familienbeihilfe beschlossen und Ausbau der Kinderbetreuung budgetiert – Guter Mix aus Sach- und Geldleistungen gelungen ([116 d.B.](#))

Mit den vorliegenden **Änderungen im Familienlastenausgleichsgesetz** wird die Familienförderung durch die **Erhöhung der Familienbeihilfe** verstärkt. Insgesamt werden Mittel von rund **828 Mio. €** bereitgestellt. Die Erhöhung der Familienbeihilfe erfolgt in drei Schritten in den Jahren 2014, 2016 und 2018. Neben der **Erhöhung der Familienbeihilfe** investiert die Bundesregierung in den nächsten Jahren eine **dreiviertel Milliarde Euro** in den **Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen** sowie in die **Ganztagschulen**. Für eine **bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie** müssen Familien nicht nur im finanziellen Bereich Unterstützung erhalten. Es muss die **notwendige Infrastruktur** geschaffen werden, um **Vereinbarkeit tatsächlich leben** zu können. Oberstes Ziel ist dabei, die **beste Qualität** für Kinder und deren Familien zu gewährleisten. Profitieren sollen alle Familien in Österreich davon, das heißt auch Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien und AlleinerzieherInnen. Beschlossen wurde darüber hinaus auch ein **gemeinsamer Entschließungsantrag** der Regierungsfractionen, mit dem Ziel die **Rechtsunsicherheit zu beseitigen**, die hinsichtlich des weiteren **Anspruchs auf erhöhte Familienbeihilfe** nach Scheitern des Arbeitsversuches von **Menschen mit Behinderung** besteht.

Schutz vor Internetabzocke und Telefonkeilerei durch Umsetzung der EU-Verbraucherschutzrichtlinie [\(92 d.B.\)](#)

Besseren **Rechtsschutz für KonsumentInnen**, die Verträge im Rahmen von Haustürgeschäften, auf Werbefahrten oder via Internet und Telefon abschließen, bringt die **Umsetzung der EU-Verbraucherschutzrichtlinie**. Konkret sieht die Regierungsvorlage, die mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen beschlossen wurde, die Verpflichtung der UnternehmerInnen vor, ihre KundInnen beim Abschluss von Geschäften außerhalb der ordentlichen Geschäftsräume **umfassend zu informieren**, so etwa über Lieferkosten, Vertragslaufzeit oder Beschwerdemöglichkeiten. Neu sind auch die **Verlängerung** und **Erleichterung des Rücktrittsrechts** – die Rücktrittsfrist wird von sieben auf 14 Tage ausgeweitet – sowie die **verpflichtende Einverständniserklärung** der KonsumentInnen bei Geschäftsabschlüssen am Telefon oder im Internet.

Der SPÖ ist es im Vorfeld gelungen, in einigen Bereichen **Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage** zu erreichen. So müssten nun **Verträge**, die übers Telefon abgeschlossen wurden, **jedenfalls schriftlich bestätigt** werden. Auch bei **Internetbuchungen** von **Pauschalreisen** ist es gelungen, mehr KundInnensicherheit zu erreichen. Eine Buchung ist nun erst nach unmissverständlicher Betätigung eines Bestellknopfes, eines **eigenen Buttons**, verbindlich. Auch für **Zusatzleistungen** wie Stornoversicherungen braucht es in Zukunft die **explizite Zustimmung** der KundInnen, automatische Voreinstellungen sind hier nicht ausreichend. Mit der Umsetzung der Richtlinie werden die **Konsumentinnen und Konsumenten konsequent gegen Telefonkeilerei und Internetabzocke geschützt**.

Internationale Regeln für den Handel mit konventionellen Waffen – Waffenhandelsvertrag [\(102 d.B.\)](#)

Der **Waffenhandel** ist eines der **gefährlichsten und korruptesten Betätigungsfelder** in der Geschäftswelt. Terroristische Gruppen und Warlords werden beträchtlich über den illegalen Waffenhandel ausgerüstet. Es ist daher von größter Bedeutung, dass sich **Österreich** zur **Ratifizierung dieses Waffenhandelsvertrags** entschlossen hat. Der Vertrag stellt erstmals **internationale Regeln für den Handel mit konventionellen Waffen** auf und will damit vor allem einen Beitrag zur Bekämpfung bzw. Begrenzung der negativen Auswirkungen des illegalen Waffenhandels leisten. **Waffenexporte** werden durch den Vertrag bei massiven Verstößen gegen humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte **verboten**.

Der Waffenhandelsvertrag wurde **mittlerweile von 118 Staaten**, auch den USA, **unterzeichnet**. Mindestens **50 Staaten** müssen das Abkommen **ratifizieren**, damit es in Kraft treten kann. Derzeit haben **31 Staaten ratifiziert**, darunter auch Deutschland, Frankreich und Großbritannien – sie liegen auf der weltweiten Rangliste der Rüstungsexporteure auf Platz 3, 4 und 5. Weltweit machte die **Rüstungsbranche** nach Schätzungen einen **Jahresumsatz** von **mehr als 50 Milliarden Euro**. Öster-

reich (Wien) hat sich für die Ansiedlung des im Vertrag vorgesehenen Sekretariats beworben.

Übereinkommen über die Zusammenarbeit im Bereich des ZeugInnenschutzes – Antwort auf die internationale Kriminalität [\(94 d.B.\)](#)

Mit dem Beschluss des Übereinkommens wurde eine **europaweite Rechtsgrundlage** für die **Zusammenarbeit** in Sachen **ZeugInnenschutz** beschlossen. Im ZeugInnenschutzbereich gab es **bisher keine europaweite Rechtsgrundlage** für den Transport gefährdeter ZeugInnen. Diese Lücke wurde nun geschlossen. Jene Menschen, die sich für die Gerichte und Behörden zur Verfügung stellen, können nun **rasch** und **zuverlässig** mit dem notwendigen **Schutz** rechnen. Für Sicherheitsbehörden werden mit diesem ZeugInnenschutzabkommen **schnellere, effizientere und günstigere Abläufe** garantiert. Das Abkommen ist die **notwendige Antwort auf die internationale Kriminalität** und verfolgt darüber hinaus einen verwaltungsreformerischen Ansatz. Statt unzähliger Einzelgenehmigungen soll nun **europaweit ein Gesetz** für einen **reibungslosen Ablauf** in Sachen ZeugInnenschutz sorgen.

Auslandsunterhaltsgesetz: Unterhaltsansprüche schneller durchsetzen [\(91 d.B.\)](#)

Mit dem neuen Gesetz wird eine **wesentliche Lücke im Unterhaltsrecht** geschlossen und **Ansprüche** können **rascher durchgesetzt** werden. Durch **unterschiedliche Rechtsordnungen** kam es in der Vergangenheit für die AntragstellerInnen immer wieder zu **Erschwernissen**. Das Auslandsunterhaltsgesetz soll mithilfe von **einheitlichen völker- und unionsrechtlichen Rechtsinstrumenten** eine **international-einheitliche Durchführung** bewirken. Für die SPÖ steht als nächstes Ziel ein **Unterhaltssicherungsgesetz** auf der Tagesordnung. Damit sollen jene, die zu geringe Zahlungen erhalten, mit **zusätzlichen Vorschusszahlungen** unterstützt werden. Kein Kind soll von Armut gefährdet sein, weil ein Elternteil keinen Unterhalt leistet.

Weitere Beschlüsse

Bericht über die Fortschritte der Reformgruppe zum Strafgesetzbuch – Überarbeitung des Strafgesetzes ist notwendig [\(93 d.B.\)](#)

Im Rahmen einer Reformgruppe sollen die wichtigsten Ziele zum Strafgesetzbuch diskutiert und definiert werden. Ab Oktober werden novellierungsbedürftige Bestimmungen des materiellen und teilweise prozessualen Strafrechtes festgelegt sein. Aus Sicht der SPÖ ist eine Überarbeitung des Strafrechtes notwendig, die Verhältnismäßigkeit zwischen Gewalt- und Vermögensdelikten ist nicht mehr gegeben und bedarf einer raschen Änderung.

Rasche Umsetzung von Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen [\(122 d.B.\)](#)

Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass der Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen durch ein verstärktes niederschwelliges Informationsangebot verbessert wird sowie Schulungen und Seminare bzw. Informations- und Sensibilisierungsarbeit in ganz Österreich forciert und ausgebaut werden.

Wale und Delfine sind keine Konkurrenz der Fischer, sondern eine zu schützende Spezies [\(120 d.B.\)](#)

Beinahe einstimmig beschlossen wurde ein Antrag zum Schutz von Walen und Delfinen – konkret geht es darum, dass die österreichische Bundesregierung gegenüber Japan klar Position gegen die Treibjagd auf Delfine bezieht und sich auch weiterhin aktiv auf internationaler und europäischer Ebene für den Schutz von Walen und Delfinen einsetzen soll.

Änderung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Bezug auf das Verbrechen der Aggression [\(103 d.B.\)](#)

Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) wurde mit dem Römischen Statut 1998 ins Leben gerufen und hat am 1. Juli 2002 seine Arbeit aufgenommen. Seine Aufgabe ist es, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord dann zu ahnden, wenn die nationale Gerichtsbarkeit versagt. Das Verbrechen der „Aggression“ konnte der ICC bislang nicht verfolgen. Mit der vorliegenden Änderung des Statuts soll dies ermöglicht werden.

Änderung des Artikels 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs [\(104 d.B.\)](#)

Bislang sind der Einsatz von Gift oder vergifteten Waffen und die Verwendung von Geschossen, die sich im Körper des Menschen leicht ausdehnen, in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten vor dem Internationalen Strafgerichtshof nicht strafbar. Mit der vorliegenden Änderung des Statuts ist künftig auch der Einsatz bestimmter Waffen und Geschosse z.B. in Bürgerkriegen als Kriegsverbrechen vom ICC zu ahnden.

Österreich leistet Beitrag zur Armutsbekämpfung in den AKP-Staaten [\(107 d.B.\)](#)

Die Europäische Union unterhält seit 1975 intensive Beziehungen zu den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik). Teil dieser Beziehungen sind vor allem finanzielle Zuwendungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Das interne Abkommen über die Finanzierung der Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP

EU Partnerschaftsabkommens regelt die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum von 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe.

Millenniums-Entwicklungsziele als Basis für Kooperation mit den AKP-Staaten [\(108 d.B.\)](#)

Durch die zweite Revision des Cotonou-Abkommens soll die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den sogenannten AKP-Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean verbessert werden. Konkret läuft die Änderung auf eine Stärkung von regionaler Integration und Wirtschaftspartnerschaften hinaus. Überdies sollen die Millenniums-Entwicklungsziele als Basis der Kooperation im Abkommen verankert werden. Mehr Gewicht erhält in Hinkunft auch die demokratische und parlamentarische Dimension.

Partnerschaftsabkommen mit den Philippinen [\(109 d.B.\)](#)

Das vorliegende bilaterale Abkommen der EU mit den Philippinen umfasst handels-, sicherheits- sowie entwicklungspolitische Elemente. Es enthält rechtsverbindliche Verpflichtungen der Philippinen, darunter Bestimmungen über Menschenrechte, nukleare Nichtverbreitung, Terrorismusbekämpfung, den internationalen Strafgerichtshof, Migration und Steuern. In politischer Hinsicht bedeutet das Abkommen mit den Philippinen einen wichtigen Schritt für die Stärkung der Rolle der Europäischen Union in Südostasien. Eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Philippinen wird ebenfalls erwartet.

Abkommen mit der Internationalen Organisation für Migration [\(105 d.B.\)](#)

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) ist eine zwischenstaatliche Organisation, die 1951 gegründet wurde. Die IOM ist dem Prinzip verpflichtet, dass menschenwürdige und geregelte Migration den MigrantInnen und den Gesellschaften zugute kommt. Sie ist an mehr als 440 Standorten und ist mit ca. 8000 MitarbeiterInnen tätig. Seit 1954 wird auch ein Büro in Österreich unterhalten. In den letzten Jahren wurde eine Neustrukturierung des IOMs durchgeführt und zusätzlich zum bestehenden Länderbüro ein Regionalbüro für Ost- und Südosteuropa und Zentralasien in Wien eingerichtet. Nun soll ein Amtssitzabkommen beschlossen werden.

Abkommen mit Zypern über die Nutzung von Flughäfen im Falle von Evakuierungen aus Drittländern [\(106 d.B.\)](#)

Im Zuge des arabischen Frühlings kam es zu Evakuierungseinsätzen von österreichischen StaatsbürgerInnen unter Rückgriff auf Flugzeuge des österreichischen Bundesheeres. Durch den Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages mit der Republik Zypern sollen nun die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Flughäfen und anderen Einrichtungen in der Republik Zypern im Fall von Evakuierungseinsätzen geschaffen werden. Damit könnten österreichische StaatsbürgerInnen

nen künftig schneller aus der eventuellen Gefahrenzone gebracht werden. Mit dem vorliegenden Abkommen wird auch die Rechtsstellung der österreichischen SoldatInnen auf Zypern geregelt.

Einsatz für eine demokratische Entwicklung in der Ukraine ([110 d.B.](#))

Der Entschließungsantrag nimmt auf die aktuellen Ereignisse in der Ukraine Bezug und ersucht den Außenminister, sich aktiv für die Überwindung der gesellschaftlichen Gräben in der Ukraine, die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen und die Absicherung von Minderheitenrechten einzusetzen. Der Antrag unterstützt die Perspektive der Bündnisfreiheit für die Ukraine. Der Außenminister wird darüber hinaus ersucht, in der EU für die Perspektive einer gemeinsamen Freihandelszone der EU mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion einzutreten. Bei der konkreten Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen der EU mit der Ukraine soll darauf geachtet werden, dass diese mit der Möglichkeit eines Freihandelsabkommens der Ukraine mit Russland kompatibel bleiben.

Einsatz gegen traditionsbedingte Gewalt an Frauen und Mädchen ([111 d.B.](#))

Der Entschließungsantrag fordert einen entschlossenen Einsatz gegen weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat und anderen Formen von Gewalt an Mädchen und Frauen, die auf Tradition, Kultur, Religion oder Aberglauben basieren. Die Bundesregierung wird in diesem Antrag auch ersucht, ihren finanziellen Versprechungen zu den Millennium-Entwicklungszielen, vor allem dem Ziel der Reduzierung der Müttersterblichkeit im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten nachzukommen.

Behandelte Berichte

Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2012/11 ([III-13/95 d.B.](#))

Der Bericht enthält zwei Überprüfungen, zum einen das Sanierungsprojekt des Parlamentsgebäudes und zum anderen das Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE).

Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2013/5 ([III-18/96 d.B.](#))

Der Bericht untersucht die Personalsituation der BundeslehrerInnen in den Schuljahren 2008/09 bis 2011/12. Der Rechnungshof fordert eine Entlastung der LehrerInnen von administrativen und sozialen Tätigkeiten. Das wird von der Regierung auch künftig umgesetzt, so werden zwischen 2015 und 2018 in den Schulen 600 zusätzliche Planstellen für administratives Unterstützungspersonal zu Verfügung stehen.

Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2012/4 ([III-8/97 d.B.](#))

Ziel der Prüfung waren die Darstellung und Beurteilung der Rechtsgrundlagen, der Ablauforganisation der Stellenpläne, Richtigkeit der Abrechnungen sowie das LandeslehrerInnen-Controlling.

Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2013/11 ([III-29/124 d.B.](#))

Vom Rechnungshof wurde die vorschulische Kinderbetreuung in Österreich untersucht. Die Barcelona-Ziele der EU (Kinderbetreuungsplätze für 33 Prozent der unter 3-Jährigen und für 90 Prozent der 3- bis 6-Jährigen) wurden trotz deutlicher Verbesserungen verfehlt. Nur Wien erfüllt das Barcelona-Ziel mit 34,8 Prozent.

Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2014/2 ([III-41/125 d.B.](#))

In diesem Bericht geht es um europäische Kontrollaufgaben des Rechnungshofes und die Umsetzung und Kontrolle des EU-Budgets im Jahr 2011.

Reden

Rede vom 29.04. zum Waffenhandelsvertrag

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Minister! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Letzte Woche haben Sie sicher alle die furchtbaren Berichte über Bentiu gelesen. In Bentiu – das ist die kleine, ölfreiche südsudanesishe Hauptstadt – wurden von Rebellen mehr als 200 Kinder, Frauen und Männer getötet. 400 Menschen wurden bei Angriffen verletzt. Die Menschen haben sich in Moscheen zurückgezogen, sie haben sich im Krankenhaus versteckt, in einer verlassenen UN-Einrichtung. Dort haben sie Schutz gesucht, aber sie sind erschossen worden, weil sie die Rebellen nicht unterstützt haben, weil sie zu einer anderen Ethnie gehören – und sie sind erschossen worden mit kleinen konventionellen Handfeuerwaffen.

Bentiu ist kein Einzelfall, das haben wir heute schon gehört. Schauen Sie nach Syrien, schauen Sie nach Nigeria – oder schauen Sie aktuell auch in die Ukraine! Amnesty International geht davon aus, dass jedes Jahr mindestens eine halbe Million Menschen in bewaffneten Konflikten getötet werden. Konventionelle Waffen sind also auch Massenvernichtungswaffen, sehr geehrte Damen und Herren!

Glaubt man Amnesty International, dann gibt es mehr internationale Gesetze, die den Handel mit Bananen regulieren, als internationale Regeln für den Waffenhandel. Deshalb ist dieser Waffenhandelsvertrag ganz besonders wichtig, und Österreich hat sich dafür auch immer sehr starkgemacht und eingesetzt.

Lassen Sie mich von den konventionellen noch kurz zu den nicht-konventionellen Massenvernichtungswaffen kommen! Auch diesbezüglich ist Österreich auf internationaler Ebene sehr aktiv und drängt auf die Abrüstung und auf die Abschaffung von Nuklearwaffen. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass im Dezember eine internationale Konferenz zu den humanitären Folgen von Atomwaffen hier in Wien stattfinden soll.

Österreich ist in dieser Diskussion mit Norwegen und Mexiko eine treibende Kraft, und das zeigt, dass wir bei wichtigen internationalen Themen durchaus auch Akzente setzen können. Das Außenministerium und das Parlament sollten daher gut zusammenarbeiten, damit wir eine erfolgreiche Konferenz abhalten können. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie der Abgeordneten Schwentner und Korun.)*

Rede vom 30.04. zum Budget für die Außenpolitik

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als ich gestern aus Skopje zurückgekommen bin – ich war dort Sonderkoordinatorin einer mehrtägigen Wahlbeobachtungsmission –, hat mich hier im Hohen Haus bereits das frisch verteilte Budget erwartet. So an die zehn Kilo, hat man mir gesagt, würde dieses Konvolut haben.

Ich war also Teil einer OSZE-Mission. Die OSZE ist eine wichtige Organisation, die enorme Arbeit leistet, insbesondere in Krisen. Aktuell – das wissen Sie alle und hören Sie immer wieder – zur Situation in der Ukraine. Diese wichtige Arbeit zu unterstützen, war auch immer ein Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Es war immer ein Anliegen, dass Konflikte auf diplomatischem Weg, also durch Gespräche und durch Vermittlung, gelöst werden und nicht durch Gewalt oder durch Waffen. Wir haben uns hier als neutrales Land immer wieder gut positionieren und auch Einfluss nehmen können.

Ich bin froh darüber, dass Außenminister Kurz mit mehreren Initiativen dafür sorgt, dass Wien als Ort des internationalen Dialogs wiederbelebt wird. Wien ist als UN-Standort natürlich auch ein idealer Ort dafür, internationale Gipfeltreffen abhalten zu können, denn dieses Bekenntnis zu den gemeinsamen Einrichtungen der Staatengemeinschaft findet sich auch im Budget wieder.

Ich bin froh darüber, dass auch in budgetär schwierigen Zeiten dieses grundsätzliche Bekenntnis zur internationalen Diplomatie erhalten bleibt. Dazu gehört auch die OSZE. Österreichs Beitrag an die OSZE wird heuer um 85 000 € gekürzt. Das ist bedauerlich, ist aber im Verhältnis zu den Gesamtausgaben in diesem Bereich nicht viel. Wir geben schließlich 80 Millionen € für internationale Organisationen aus – Geld, das dringend gebraucht wird, um Frieden und Sicherheit zu schaffen.

Über die Prioritätensetzung bei den Beiträgen werden wir im Ausschuss noch sprechen. Ich gehe davon aus, dass es eine logische Erklärung dafür gibt, dass gerade die Beiträge für das UN-Kinderhilfswerk UNICEF halbiert werden – um nur ein Beispiel zu nennen. Das wäre die stärkste Kürzung aller Organisationen. Ganz im Gegenteil dazu stehen die Beiträge für den Südsudan und für Darfur. Hier ist eine humanitäre Krise im Gange, und da werden auch zusätzliche Mittel gebraucht.

Ich möchte aber auf den großen Wermutstropfen des Budgetentwurfs im Bereich des Außenministeriums zu sprechen kommen: Das ist die Entwicklungszusammenarbeit. Es ist unser kleiner Beitrag zu mehr Gerechtigkeit gegen die Armut, und dieser wird leider noch kleiner. Ich hoffe daher, dass wir hier einen Schulterchluss schaffen, damit unser Beitrag größer und nicht mehr kleiner wird. Ich begrüße daher auch die Initiative der Kollegin Bayr, hier an einem Abänderungsantrag zu arbeiten.

Sie kennen vielleicht das, was als Schmetterlingseffekt bekannt geworden ist: Schon eine kleine Veränderung in der Ausgangslage kann letztendlich Großes bewirken. Das sollte auch unsere Leitlinie für das Budget des Außenministeriums sein. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: OSZE erhofft friedlichen und transparenten Ablauf der Wahlen in Mazedonien \(25.04.2014\)](#)

[Muttonen: Licht und Schatten bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Mazedonien \(29.04.2014\)](#)

[Nationalrat - Muttonen/Weninger: Waffenhandel muss international reguliert werden \(29.04.2014\)](#)

[Nationalrat - Muttonen: Trotz schwieriger budgetärer Lage klares Bekenntnis Österreichs zur internationalen Staatengemeinschaft \(30.04.2014\)](#)

OSZE: Beobachtung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Mazedonien



Vom 24. bis 29. April war ich im Auftrag des aktuellen OSZE-Vorsitzendem, dem Schweizer Bundespräsidenten Didier Burkhalter, in Mazedonien, um dort die 250-köpfige OSZE-Wahlbeobachtermission für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu koordinieren. Neben Inspektionen von Wahlbüros standen auch Gespräche mit dem mazedonischen Parlamentspräsidenten Veljanovski und Außenminister Poposki auf dem Programm. Am Montag habe ich auf einer Pressekonferenz der OSZE die Beurteilung der Wahlen durch die Beobachtermission bekannt gegeben. Dabei konnte ich sowohl Positives als auch Negatives berichten.

Während die Wahlen selbst ohne größere Beanstandungen durchgeführt worden sind, ist es sowohl im Vorfeld als auch nach den Wahlen zu Problemen gekommen, die wir beanstandet haben, etwa eine sehr einseitige Berichterstattung der staatlich kontrollierten Medien oder die Verwendung staatlicher Gelder für Parteiaktivitäten durch die Regierung. Auch dass die größte Oppositionspartei bereits vor dem Schluss des letzten Wahllokals erklärt hat, das Ergebnis nicht anerkennen zu wollen, wurde von uns kritisiert. Den vollständigen Bericht zur Wahlbeobachtung in Mazedonien könnt Ihr auf der folgenden Seite der OSZE einsehen: <http://www.oscepa.org/>.

Treffen mit dem Brüsseler Vertreter des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNWRA)

Am Mittwoch war der Vertreter der UNWRA in Brüssel Matthias H.T. Burchard zu Gast im Nationalrat, um den Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses über die umfangreiche Arbeit seiner Organisation zu berichten.

Die UNWRA kümmert sich seit 1950 um diejenigen Palästinenser und ihre Nachkommen, die in den arabisch-israelischen Kriegen von 1947-1949 und 1967 aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Insgesamt handelt es sich dabei um ca. 5 Mio.

Flüchtlinge, von denen 1/3 noch immer in Lagern in Jordanien, dem Libanon, Syrien, sowie dem Gazastreifen und Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem leben.

Die UNWRA bietet diesen Menschen neben einer medizinischen Grundversorgung auch Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten an und vergibt auch Mikrokredite. Durch die Konflikte in Syrien, im Libanon und in Ägypten habe sich die Situation der Palästina-Flüchtlinge in den letzten Jahren erheblich verschlechtert, erklärte Burchard. Viele der Palästinenser, die in syrischen Lagern gelebt haben, seien erneut auf der Flucht. UNWRA halte in Syrien noch immer seine Hilfsarbeit aufrecht, habe aber selber auch viele Tote, Verletzte und Vermisste unter den eigenen lokalen Mitarbeitern zu beklagen.



Österreich ist ein wichtiger und kontinuierlicher Partner der UNWRA. Unser Land unterstützt beispielsweise über die ADA Gesundheitsprojekte in den Flüchtlingslagern. Unter den Abgeordneten bestand eine breite Anerkennung der wichtigen und notwendigen Arbeit, die UNWRA im Nahen Osten leistet und auch das Bekenntnis diese Arbeit weiterhin unterstützen zu wollen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at